

Generelles Handyverbot in der Schule bleibt Streitfall

Hitzige Debatte im Rahmen der ersten Ausschusssitzung

Wien (PK) – Da die Nutzung mobiler elektronischer Geräte wie Smartphones und Tablet-PCs durch Schülerinnen und Schüler derart zugenommen hat, dass der Unterricht in vielen Fällen beeinträchtigt wird, setzten sich die TeilnehmerInnen am Jugendparlament heute Mittag in einer ersten Ausschusssitzung mit einer Novelle des Schulunterrichtsgesetzes (17 d.B.) auseinander. In dieser wird eine Verpflichtung, mobile Telefone und vergleichbare elektronische Geräte für die Dauer des Aufenthalts im Schulgebäude abzugeben, festgeschrieben. Für die sichere Verwahrung und Rückgabe hat laut Entwurf die Schulleitung zu sorgen, die auch im Falle einer Beschädigung oder eines Verlusts des Geräts haftet.

Die gelbe Fraktion sprach sich gegen ein generelles Verbot mobiler elektronischer Geräte in der Schule aus, wollte aber gesetzliche Regelungen für die Nutzung im Unterricht. Diese sollen sowohl für SchülerInnen als auch für LehrerInnen gelten, meinten die Abgeordneten Julia Neumeister, Katrina Pichlmayer und Leo Kirchengast. Auf Wunsch eines Lehrers soll die Nutzung zu Recherchezwecken aber gestattet sein. Anstelle einer Abgabe bei der Schulleitung sollten die SchülerInnen selbst für die Verwahrung (z.B. in Kästchen) sorgen. Damit hätten die Jugendlichen in den Pausen Zugriff auf ihre Handys und könnten im Notfall zuhause anrufen.

Der weiße Klub, vertreten durch die Abgeordneten Matthias Salomon, Julian Tanos, Sidonie Ponz und Nadine Walcher, trat für Freiheit, Datenschutz und die Wahrung der Privatsphäre ein und lehnte den Gesetzesentwurf ab. Die vorgeschlagene Regelung sei mit großen finanziellen Risiken für die Schulen verbunden, da Geräte beschädigt werden oder verloren gehen könnten. Als Alternative schlug der Klub ihre Abgabe vor Schularbeiten und Tests vor.

Die violette Fraktion sprach sich ebenfalls gegen eine generelle Abgaberegulation aus. Die LehrerInnen könnten außerdem durch den Einsatz von Ersatzhandys getäuscht werden, meinten die Abgeordneten Jasmin Tasch und Alexandra Ebenschweiger.

Die Türkisen unterstützen ein generelles Verbot bis Ende der 8. Schulstufe. Ab der 9. Schulstufe sollten die Jugendlichen verantwortungsvoll genug sein, um derartige Geräte bei sich behalten zu dürfen. Für jene, die sich nicht an die Verhaltensregeln für die Nutzung im Unterricht halten, solle es aber Konsequenzen geben, meinten die Abgeordneten Christoph Hausner, Florian Cramer und Philipp Rokita. Eine Ausgabe der Geräte in der Pause hielt der türkise Klub für zu aufwändig. In Notfällen könnten die Schülerinnen und Schüler vom Sekretariat aus ihre Eltern verständigen.
(Schluss)